Nr. 192 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,10 Zł. Dienstag, den 28. November 1933

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.
Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure.
Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Rechtsorientierung in Frankreich

Ein Kabinett Chautemps mit Neosozialisten. — Einbeziehung der Rechtsrepublikaner. Fortsetzung der bisherigen Finanzpolitik. Nur kurze Lebensdauer der neuen Regierung

Der Selbstmord der Radikalen

Das französische Kabinett Sarraut ist in der Nacht vom Donnerstag zu Freitag gestürzt worden, was hier bereits vor Tagen vorausgesagt wurde. Im Verlauf von etwa achtzehn Monaten ist es das vierte radikale Kabinett, welches an der „Finanzsanierung“ durch Mitglieder des sogenannten Linkskartells zu Fall gebracht wurde. Man ist bis weit in die Kreise der sogenannter Demokraten gewohnt, den Sturz der angeblichen Linksregierungen den Sozialisten zuzuschieben, da faktisch das Schicksal jeder radikalen Regierung in der Hand der sozialistischen Kammerfraktion liegt. Nur übersieht man eine Kleinigkeit, dass in dieser Finanzsanierung ein sehr wesentlicher Faktor verschwiegen wird, dass nämlich die Finanzwelt dabei geschont werden soll, während die kleinen Staatsbeamten die Lasten tragen sollen und nicht zuletzt der Kleinbürger. Es interessiert ja weniger, in welcher Form sich die Sanierung des Staatsbudgets vollziehen soll, nur die Tatsache muss festgehalten werden, dass die Radikalen oder „Radikalsozialisten“ ihr eigenes Wahlprogramm verraten und wahrscheinlich lieber jetzt mit der Rechten gehen werden, um jene Finanzkreise zu schonen, die die Gelder für die Wahlen und die radikale Presse sind.

Als das Kabinett Sarraut vor der Kammer für seine aussenpolitische Linie eine überwältigende Mehrheit erhielt, wusste jeder, dass die Sozialisten wohl die Aussenpolitik, nicht aber die „Finanzreform unterstützen werden. Es ist auch ferner kein Geheimnis, dass Herriot in verschiedenen Artikeln bereits eine Annäherung an Tardieu sucht, um eine nationale Konzentration zu bilden, um so die Sozialisten als entscheidenden Faktor auszuschalten. in diesem Bestreben war ja auch schon Daladier bemüht, die Sozialistische Kammerfraktion zu spalten, was auch praktisch mit dem Ausschluss der Renaudel und Genossen aus der Partei erfolgt ist. Sarraut war sich aber auch darüber klar, dass selbst die sogenannten Neosozialisten unmöglich dem Finanzsanierungsplan zustimmen können, wenn sie auch nur etwas von ihren Wahlversprechungen gegenüber dem Volk halten wollen. Und darin gehen eben die Radikalen zugrunde, dass sie etwas ganz anderes, bezüglich der Finanzsanierungen, versprachen, als was sie jetzt, gegenüber den breiten Massen und den Staatsbeamten, durchzuführen bereit sind. Kein Geringerer als ein Mitglied der Radikalen, bestätigt der Regierung, dass sie ihrem Wahlprogramm untreu werden und aus diesem Grunde das Linkskartell zugrunde gehen wird. Es ist verständlich, dass unter dem Eindruck der Rechten auch bei den Radikalen der Ruf nach dem starken Mann laut wird und das man wahrscheinlich diesen starken Mann in Herriot gefunden haben wird.

Im Augenblick ist noch alles unklar, welchen Lauf die französische Regierungskrise nehmen wird, aber es gibt eine Reihe Faktoren, die sich als die Erben wähnen. Der einzige Ausweg, die Stimmung des Volkes kennen zu lernen, wäre die Auflösung der Kammer und die Ausschreibung der Neuwahlen. Diesen Weg hat auch der Sprecher der sozialistischen Mehrheitsfraktion vorgeschlagen, doch ist es kaum anzunehmen, dass die Radikalen sich gerade nach der fast zwanzigmonatlichen Herrschaft vor das Volk stellen werden, denn sie wissen nur zu genau, dass sie aus der Wahlschlacht geschlagen herauskämen, zumal es gerade die junge Generation innerhalb der Radikalsozialisten ist, die gegen die heutige Führung rebelliert, eben, weil sie die Abhängigkeit der alten Garde von den Finanzmächten kennt. Die Zeit für Tardieu ist sicherlich noch nicht gekommen, wenn er auch alle Anstrengungen macht, aus der Krise eine Situation zu schaffen, die nun Neuwahlen oder Einbeziehung der Rechten in die Regierung, herbeiführen soll.

Die letzten Ereignisse in der Weltpolitik, letzten Endes das Verständigungsangebot Hitlers an Polen, haben hier ein Echo gefunden, und man befürchtet auch, dass Frankreich eines schönen Tages isoliert von England und Italien dastehen wird. So sehr man in Paris auch beteuert, dass man zwischen Warschau und Berlin die Verständigung gern sieht, so ist es doch kein Geheimnis, dass man von dem letzten Schritt in Berlin überrascht war, und bei der Regierungsbildung wird auch dieser aussenpolitische Faktor eine Rolle spielen, der vielleicht einen Rechtskurs fördern kann, der im Augenblick gewiss von den Radikalen nicht geplant war. Aber warten wir ab, wie sich die Radikalen selbst aus ihrem Selbstmord im Linkskurs retten werden. Nicht die Sozialisten haben Sarraut zum Sturz gebracht, sondern die Unfähigkeit der Radikalen, einen Linkskurs zu treiben und mit den Finanzmächten Schluss zu machen, die die Einpeitscher der Budgetsanierung sind.

Der französische Staatspräsident hat den Innenminister des Kabinetts Sarraut, Chautemps, mit der Regierungsbildung beauftragt, nachdem Herriot im Augenblick aus Gesundheitsrücksichten diesen Auftrag abgelehnt hatte. Im Laufe des Sonntags hatte Chautemps eine Reihe von Unterredungen mit führenden Politikern, die er in sein Kabinett einbeziehen will und hat am Nachmittag den Auftrag zur Regierungsbildung übernommen. Er will ein Kabinett mit den Neosozialisten unter Einbeziehung der Rechtsrepublikaner bilden, nachdem die Sozialisten unter Leon Blum eine Regierungsteilnahme abgelehnt hatten. Unterrichtete Kreisen glauben zu wissen, dass vielleicht eine Mehrheit für die Finanzsanierung gefunden wird, doch rechnet man mit einer kurzen Lebensdauer dieser Regierung, die bald von Daladier oder Herriot abgelösst werden wird. Man ist der Ansicht, dass die wichtigste Frage die Lösung des Budgetgleichgewichts ist, welche unter allen Umständen von dieser Regierung bewältigt werden muss, wenn die fortgesetzten Regierungskrisen nicht zu einer Staatskrise ausarten sollen.

Die Ministerliste weist nur wenige Veränderungen auf. Ministerpräsidentenschaft und Inneres bekleidet Chautemps selbst, das Aussenministerium ist weiter in Händen Paul Boncours, Kriegsminister Daladier, Justiz Steege, Kriegsmarine Sarraut, Finanzen und Budget Bennet und Luftschiffahrt Piere Cotte. Die Ministerliste ist noch in später Nachtstunde dem Staatspräsidenten vorgelegt worden, der sie annahm. Das Kabinett wird sich noch im Laufe dieser Woche der Kammer vorstellen.

Hitler bettelt in Paris

Grosses Aufsehen erregt in der Weltpresse der Empfang des französischen Botschafters in Berlin durch Hittler. Der französische Botschafter hat sich am Sonntag von Berlin nach Paris begeben, um der Regierung bezw. dem Aussenministerium den Inhalt der Unterredung mitzuteilen, die auf eine direkte Verhandlung zwischen Deutschland und Frankreich hinzielt. Ueber den Inhalt der Unterredung wird Stillschweigen gewahrt.

Vermittlungen zwischen London u. Berlin?

Eine bedeutsame Kundgebung des englischen Aussenministers. London will Paris und Berlin einschalten

Im englischen Unterhaus gab Aussenminister Sir **Simons** zur gegenwärtigen politischen Lage bedeutsame Erklärungen ab. Er führte im Verlauf seiner Rede aus, dass nichts gefährlicher wäre, als einen Zustand herbeizuführen, der es Deutschland überlässt der kommenden Abrüstungskonvention beizutreten und an den Verhandlungen nicht teilzunehmen. Die Kernfrage der europäischen Politik ist die **„Abrüstung“** und **die „deutsch-französischen Beziehungen“**. Ohne Bereinigung dieser kritischen Punkte gebe es in Europa keinen Frieden. Aus diesem Grunde habe auch die englische Regierung nichts unversucht gelassen, um Deutschland wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Es müsse daher eine **engere Verbindung** zwischen **Paris** und **Rom,** aber auch zwischen **Paris** und **Berlin geschaffen** werden, Das deutsche Volk hat einen Anspruch auf Gleichberechtigung und diese müsse ihm zuerkannt werden, allerdings hat dies **nichts** mit einer **neuen Aufrüstung zu tun.** Die Fragen zwischen Berlin und Paris können nicht nur auf „Ja“ oder „Nein“ lauten, sondern sie müssen den ganzen Fragenkomplex umfassen, der die Bereinigung aller strittigen Fragen ermöglicht. Hier will England seine Vermittlung anbieten und diesbezügliche diplomatische Schritte sind bereits eingeleitet. Die deutsche Presse hat von diesen vielsagenden Erklärungen einen befriedigenden Eindruck und man gibt der Erwartung Ausdruck, dass Deutschland aus seiner Isolierung **hinausmanövriert** werden kann, wenn man in Berlin das englische Angebot entsprechend behandelt.

Sturm gegen den Völkerbund

Schon vor Jahren haben massgebende Faktoren auf die Notwendigkeit einer Revision der gesamten Völkerbundspolitik hingewiesen, und insbesondere die Abkehr von der starren Formel gefordert, die ihn an den Versailler Vertrag bindet. Jetzt erst, nachdem Deutschland ausgeschieden, Italien ständig mit seinem Austritt droht, besinnt man sich in den Hauptwerkstätten der internationalen Politik und redet der Völkerbundsrevision eine sehr deutliche Sprache. Aber es scheint, dass dies nur Angstprodukte sind, um Deutschland gefügiger zu machen, welches durch Hitler erklären liess, dass es kein Zurück mehr nach Genf gäbe. In London wäre man bereit, selbst die Freundschaft Frankreichs zu opfern, wenn es nur gelänge, eine Verständigung mit Deutschland zu erzielen, und dieses baut eben darauf, eine Bresche in die Einheitsfront der „Sieger“ zu schlagen. Wie immer die Chefs der politischen Küchen ihre Aufgabe anfassen, erst der Geist muss anders werden, wenn die europäische Politik eine andere Richtung einschlagen soll, und diese ist nicht mit dem Faschismus möglich.

Ruhiger Wahlverlauf in Posen und Pommerellen

Die Kommunalwahlen in Posen und Pommerellen sind nach den bisher vorliegenden Meldungen im allgemeinen ruhig verlaufen. Wie zu erwarten war, haben die Regierungslisten nicht den Erfolg gebracht, den man im Sanacjalager erwartet hat. Die Nationaldemokraten sind in diesen Gebieten als Opposition immer noch ein Faktor mit dem gerechnet werden muss.

Einzelresultate liegen noch nicht vor, aber soweit zu übersehen ist, hat sich die Opposition gehalten. Die Christlichen Demokraten und die Nationale Arbeiterpartei haben zugunsten der Sanacja verloren, die Sozialisten konnten ihre bisherige Position halten, haben vereinzelt Mandatsgewinne, besonders dort wo sie noch nicht vertreten waren. Den Einfluss allerdings, den die Nationaldemokraten noch bei den letzten Wahlen hatten, konnten sie nicht mehr aufweisen, auch ihre Wählerschaft orientiert sich zur Sanacja, da die Intelligenz gern an die Futterkrippen möchte, die die Nationaldemokraten nicht mehr zu verteilen haben.

Neuer sozialistischer Sieg in der Schweiz

Der Industrieort Rennes erhält eine sozialistische Mehrheit. — Wahlgewinne in Lausanne Weiterer sozialistischer Vormarsch

Während sich die bürgerliche Presse eifrig bemüht, jede „Niederlage" der Arbeiterbewegung mit grossem Nachdruck zu notieren, um so den „Niedergang" des Marxismus zu dokumentieren, verschweigt sie wissentlich jeden sozialistischen Fortschritt. So haben die schweizer Sozialisten am letzten Sonntag eine Reihe von Wahlgewinnen zu verzeichnen, die die bürgerlichen Blätter einfach totzuschweigen versuchen.

Im Kanton Waadt fanden am letzten Sonntag unter ausserordentlich starker Beteiligung Kommunalwahlen statt, wobei die Sozialdemokraten gute Fortschritte zu verzeichnen haben. In der Industriestadt **Rennes** ist es den Sozialdemokraten gelungen, die vereinigte Bürgerliste zu schlagen und die sozialistische Mehrheit zu erlangen. Auch in Lausanne konnten die Sozialdemokraten mehrere tausend Stimmen erobern, sodass sie jetzt 48 Prozent der Gesamtstimmen auf sich vereinigen konnten und mit den Kommunisten über die Mehrheit im Stadtrat verfügen. Weitere Fortschritte waren in **Montreux, Vevey, Aiglo** und **Yverdon** zu verzeichnen, nirgends gelang es den Bürgerlichen, sich eine Mehrheit zu schaffen, hingegen haben in einer Reihe von Ortschaften Sozialdemokraten und Radikale die Mehrheit, also ein Linksruck ist überall sicher. In anderen Ortschaften finden Stichwahlen statt, bei denen die Sozialdemokraten gute Aussichten haben.

Wir klagen an!

Enthüllungen über die Mörder Otto Eggerstedts

Wir entnehmen der „Freien Presse" Amsterdam: Unserem Nachrichtendienst Westfalen ist es nunmehr gelungen, näheres über die Mordfälle im Konzentrationslager Börgermoor zu ermitteln. Die Mitteilungen sind verbürgt und stammen aus absolut zuverlässiger Quelle.

Vom 2. bis zum 12. Oktober, dem Mordtage Otto Eggerstedts, sind in diesem Lager fünf Mordtaten verübt. Unter den Ermordeten befand sich auch Hans Alexander. Die Namen der übrigen drei ermordeten Häftlinge konnten noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

Otto Eggerstedt wurde mit anderen Häftlingen gegen Abend, als es zu dunkeln begann, zum Holzholen kommandiert. Er wurde dann im Walde von einem SS-Scharführer Aachen und einem SS-Mann von der Standarte 19 Koblenz erschossen.

Otto Eggerstedt erhielt zuerst einen Schuss in die Seite. Als die Mordbuben feststellten, dass ihr Opfer noch lebte, gaben sie ihm einen Fangschuss in das Genick. Die Kugel blieb im Kopfe stecken.

Der SS-Mann war auch aktiv an der Erschiessung Hans Alexanders beteiligt.

Am 17. Oktober, dem Tage der Beerdigung Otto Eggerstedts, erschien plötzlich ein starkes Kommando Schutzpolizei mit geladenem Karabiner im Lager und holte eine Reihe von intellektuellen und jüdischen Gefangenen ab. Man sagte ihnen, dass sie in ein anderes Lager überführt werden würden. Ueber ihren Verbleib war bisher nichts näheres festzustellen.

Geheimnisse um Graf Helldorf

Wie eine Wiener Korrespondenz meldet, hat der ehemalige nationalsozialistische Abgeordnete **Stefan Ehn** in einer Versammlung in den Dreiengelsälen in Wien behauptet, dass der derzeitige Potsdamer Polizeipräsident **Graf Helldorff** den Auftrag zur Reichstagbrandstiftung gegeben haben soll. Den Reichstagsbrand selbst hat der Berliner Gruppenführer **Ernst** mit ausgewählten Leuten seiner drei Stürme duchgeführt. Ehn selbst will eine kleinere Brandstiftung der SA-Leute miterlebt haben.

Man wird sich noch der Aussagen im Reichstagsbrandprozess des „Zeugen" Graf Helldorf erinnern, der den Brand bereits eine halbe Stunde vor seinem Ausbruch gewusst haben will und erst im Verhör vom Vorsitzenden auf seinen „Irrtum" verwiesen werden musste, dass der Brand nicht vor, sondern nach 9 Uhr stattfand. Aber verhaftet ist er, trotz des Meineids, nicht worden.

Hitlers „Erfolge"!

2300 Marxisten verhaftet.

Die Berliner Staatspolizei gibt bekannt, dass die Zahl der verhafteten kommunistischen Funktionäre nach den Festnahmen der letzten Zeit, insgesamt etwa 2300 betrug. Gegen mehr als die Hälfte der Verhafteten ist Hochverratsverfahren angestrengt worden. Zugleich will man bei den verschiedenen Aktionen mehr als 25.000 Centner Flugschriften, meist kommunistischen Inhalts, beschlagnahmt haben.

Der Papst gegen Hitlerterror?

Die „Basler Nationalzeitung" schreibt, dass die Durchführung des Konkordats zwischen dem Vatikan und der Hitlerregierung auf besondere Schwierigkeiten stosse. Die Reise des Ministerialdirektors Buttmann nach Rom sei ergebnislos geblieben und habe in Genf zu verschiedenen Gerüchten Anlass gegeben. Ein päpstliches Rundschreiben werde gegen die Terrormassnahmen in Deutschland protestieren und genaueste Ausführung des Konkordats verlangen.

Kein Wahlbündnis zwischen Sozialisten und Radikalen

Wie aus Madrid berichtet wird, sehen die Rechtsradikalen der Richtung Lerroux ein, was sie mit ihrem Kampf gegen den Marxismus angerichtet haben, indem sie bewusst der Reaktion Vorschub leisteten. Da bei den Stichwahlen die Position der Radikalen vielfach gefährdet erscheint, haben sie den Sozialdemokraten ein Wahlbündnis vorgeschlagen. Die Parteiexekutive hat das Wahlbündnis mit Lerroux abgelehnt, mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass die Radikalen für den Rechtskurs die Verantwortung tragen. Die Sozialisten sind bereit, den Kampf um die Republik auch auf der Strasse aufzunehmen, falls die Reaktion frech werden sollte und etwa die Verfassung ändern oder die sozialen Errungenschaften abbauen wollte. Dann wird es sich zeigen, wo die Radikalen und die Republikaner stehen werden.

In Madrid hat man jetzt durch Wahlschiebungen herausgefunden, dass die sozialistische Liste nicht die erforderlichen 40 Prozent Stimmen im ersten Wahlgang erreicht hat, wodurch auch in Madrid, wo die Sozialisten 11 Mandate sicher hatten, am 8. Dezember gleichfalls Nachtragswahlen stattfinden werden.

Ein Viererpakt auf dem Balkan?

Der türkische Aussenminister besucht zurzeit die Balkanhauptstädte, um mit den Regierungen über den **Abschluss** eines Balkan-Viererpaktes zu verhandeln. Wie es heisst, sind Bestrebungen im Gange, um einen **Nichtangriffspakt** zwischen Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und der Türkei abzuschliessen. Es dürfte sich in diesem Falle um die Verbreitung der italienischen „Einflussphäre" handeln.

Japan fürchtet die Kommunisten

Wie aus Tokio berichtet wird, hat die Polizei 1698 Kommunisten, darunter 926 Koreaner und 60 Frauen, verhaftet. Den Verhafteten wird zur Last gelegt, Versuche zur Neubildung der kommunistischen Partei gemacht und die Unabhängigkeit Koreas und Formosas, sowie eine Annäherung an Russland, angestrebt zu haben.

Sozialistische Einheitsliste in Krakau

Für die zum 10. Dezember ausgeschriebenen Stadtratswahlen in Krakau werden von den Parteien bereits alle Vorbereitungen getroffen. Die in Krakau tätigen sozialistischen Parteien, und zwar PPS und der jüdische „Bund", haben einen Wahlblock geschaffen und eine gemeinsame Wahlliste unter dem Namen „Sozialistische Arbeiterliste" aufgestellt.

Oesterreichs Retter im Streit

Zwischen dem Lnadesinspektor der österreichischen Nazis und dem Führer der Nazis, Habicht und Proksch, die beide aus Oesterreich geflohen sind und in München ihre Zelte aufschlugen, um von hieraus Oesterreich für Hitler zu „erobern", ist ein Streit ausgebrochen, weil Proksch an Habicht die Forderung stellt, den Kampf gegen Dollfus aufzugeben und eine Verständigung vorzubereiten. Der Landesinspektor Habicht hingegen ist der Ansicht, dass der „Krieg gegen Dollfuss" bis zum völligen Sieg der Nazis in Oesterreich geführt werden müsse. Da nun Proksch bei Hitler für seine Verständigungspolitik kein Gehör fand, soll er mit seinem Stab München verlassen haben, sein Chauffeur wurde verhaftet. Wie es heisst, herrscht in der „oesterreichischen Legion" in Lechfeld grosse Unzufriedenheit, da viele der Nazis Oesterreich verlassen haben, in der Meinung, dass sie in wenigen Wochen als Eroberer heimkehren werden, und jetzt sind einige von ihnen bereits ins Konzentrationslager gewandert, und Hitler scheint seinen Kampf um die Eroberung Oesterreichs in weite Ferne verschoben zu haben. Eine Art Heimatsehnsucht macht sich bei den Naziflüchtlingen geltend, der Proksch Rechnung tragen wollte, aber von Habicht abgelehnt wurde. Nunmehr scheint der Streit Habicht—Proksch offen ausgebrochen zu sein, und Proksch zog es vor, lieber zu fliehen, als ins Konzentrationslager zu wandern. Nur eine Enttäuschung mehr über Hitlers politischen „Sieg" auch bei den österreichischen Nazis!

JACK LONDON

DIE ZWANGSJACKE

24

Ja, zweihundertundvierzig Stunden! Liebe, gut eingepackte Mitbürger, wissen Sie, was das bedeutet? Das bedeutet zehn Tage und zehn Nächte! Selbstverständlich, Sie glauben nicht, dass das wahr ist, dass etwas Derartiges jetzt, gut neunzehnhundert Jahre nach Christi Geburt, in einem christlichen Lande geschehen kann. Dann glauben Sie es eben nicht. Ich glaube es selber auch nicht. Aber ich weiss, dass es in San Quentin mit mir gemacht wurde, und dass ich lange genug lebte, um sie zu verlachen und zu zwingen, mich loszuwerden, indem sie mich aufhängen, weil ich einem Wärter die Nase blutig geschlagen habe.

Dies schreibe ich im Jahre des Herrn 1913 — u. noch heute, im Jahre des Herrn 1913, liegen Mitmenschen in der Zwangsjacke in den Zellen von San Quentin.

Solange ich lebe u. solange mir neues Leben vergönnt ist, werde ich nie meinen Abschied von Philadelphia-Red an jenem Morgen vergessen. Er lag damals seit vierundsiebzig Stunden in der Zwangsjacke.

„Nun, Kamerad, du bist ja noch ganz lebendig", rief er mir zu, als ich taumelnd aus der Zelle auf den Korridor geschleppt wurde.

„Halt's Maul, Red", knurrte die Wache.

„Oh, Verzeihung", lautete die Antwort.

„Ich werde schon mit dir fertig werden, Red", drohte der Wärter.

„Meinst du?" fragte Philadelphia-Red sanft, ehe sein Tonfall barsch und heftig wurde. „Du wirst sicher nicht mit mir fertig, du alter Schlappschwanz. Du könntest nicht einmal ein Stück Brot gratis kriegen und noch weniger die Stellung, die du hast, ohne deinen Bruder. Und ich glaube nicht, dass einer von uns sich irrt mit Bezug auf den Gestank des Ortes, wo dein Bruder hingehört."

Wunderbar war es, dass der Geist eines Mannes sich so über die höchsten Qualen erheben konnte, ohne Furcht vor all den Peinigungen, die eines dieser Tiere ihm verursachen konnte.

„Auf Wiedersehen, Kamerad", rief Philadelphia-Red mir zu. „Leb wohl, sei ein braver Junge, und hab den Direktor gern. Und wenn du ihn siehst, grüss ihn von mir und erzähl ihm, dass ich nicht in der Ecke flennte."

Der Wärter war rot vor Wut, und seine Stösse und Püffe liessen mich für Reds Spass bezahlen.

In Zelle Nummer eins nahmen Direktor Atherton und Inspektor Jamie mich ins Verhör. Direktor Atherton sagte zu mir:

„Standing, heraus mit allem, was du von dem Dynamit weisst, oder ich töte dich mit der Zwangsjacke. Ich habe noch nie einen so schlimmen Kerl wie dir zu tun gehabt. Du hast jetzt die Wahl — das Dynamit oder unser liebes kleines Korsett."

„Ja, dann wird es wohl das Korsett", antwortete ich, „denn von dem Dynamit weiss ich nichts."

Das reizte den Direktor, seinen Worten sofort die Tat folgen zu lassen.

„Leg dich hin", befahl er.

Ich gehorchte, und sie schnürten mich gehörig zusammen. Es wurden hundert Stunden. Einmal täglich bekam ich einen Schluck Wasser. Essen mochte ich nichts — und es wurde mir auch nichts angeboten. Gegen Ende der Zeit untersuchte Jackson, der Gefängnisarzt, mich mehrmals. Aber ich war in meiner Unverbesserlichkeitsperiode die Zwangsjacke zu gewohnt geworden, als dass sie mich dieses einzige Mal besonders gestört hätte. Natürlich schwächte sie mich, stahl mir das Leben, aber ich hatte gelernt, wenn man mich einschnürte, durch verschiedene Muskelkniffe ein wenig Spielraum zu gewinnen. Nach Ablauf der hundert Stunden war ich matt und müde, aber das war auch alles. Da gaben sie mir noch hundert — nach einer Frist von vierundzwanzig Stunden, um mich zu erholen. Und dann bekam ich noch hundertundfünfzig. Den grössten Teil dieser Zeit war ich körperlich gelähmt und geistig im Fieber. Durch Kraftanspannung glückte es mir, lange Stunden zu schlafen.

Das nächstemal versuchte der Direktor es mit einer kleinen Variante. Ich bekam die Zwangsjacke in unregelmässigen Zwischenräumen. Ich wusste es nie im voraus. Einmal bekam ich zehn Stunden Pause, dann wieder zwanzig Stunden die Jacke; ein andermal wieder gönnte man mir nur vier Stunden Erholung. Zu den unerwartetsten Nachtzeiten öffnete sich meine Tür, und der wechselnde Wärter kam herein, um mich einzuschnüren. Und immer wieder kam dieselbe Frage: Wo ist das Dynamit? Zuweilen war der Direktor ganz ausser sich. Bei einer Gelegenheit als ich eine besonders strenge Behandlung über mich ergehen lassen musste, flehte er fast, dass ich gestehen sollte. Ein andermal versprach er mir drei Monate absolute Ruhe bei guter Kost im Hospital und dann eine gute Stellung in der Bibliothek.

(Fortsetzung folgt.)

Ist das die Einheitsfront?

Ein schönes Wort: „Einheitsfront!" — Leider bisher nur ein Wort, noch kein fester Begriff, auch noch nicht übergegangen in die Gehirne eines Teiles der Arbeiterschaft, die da meint, an der Bildung einer Einheitsfront mitzuschaffen, und dabei doch nur — absichtlich oder unabsichtlich — die bereits bestehende Kampffront **zerschlägt**, statt sie zu erweitern. Anstatt dass neue Kämpfer zugeführt werden, verscheucht man durch **Wortklaubereien**, kleinlichen **Rechthabereien** und **Parteidoktrinen** einiger Besserwisser alle diejenigen Elemente, denen die Schaffung einer starken, einigen Kampffront **wahrhaft am Herzen liegt**. Oft waren es die Anständigen, die solchen Krakeelern und Schädlingen den Platz räumten, doch es ist nun endlich einmal an der Zeit, diese **radikalen Schreihälse** in die Schranken zu weisen, ihnen zu sagen, **dass die Taten, und nicht das Mundwerk entscheidet.** Dazu gehört jedoch auch, dass mit offenen Karten gespielt wird, und die es angeht, werden sehr wohl wissen, worauf es uns ankommt.

Wo sind denn die Früchte der Arbeit obengenannter **Quertreiber?** Ist es ihnen nur darum zu tun, alle jene, welche bis dato den Kampf gegen Faschismus und Reaktion geführt haben, in unflätigster Weise zu beschimpfen? Fast scheint es so. Oder will man sie auch für die Fehler der Sozialdemokratie in Deutschland verantwortlich machen? Ist es jenen „Psychologen" denn noch nicht zum Bewusstsein gekommen, dass eben diese Fehler jenen Teil der Arbeiterschaft am härtesten getroffen haben, der sich dieser Führung anvertraute? Warum etwas beschönigen und dadurch die Krankheit noch weiter ausbreiten lassen.

Heran mit dem Seziermesser! Also, nur die Sozialdemokratie hat Fehler gemacht meinen sie. Weit gefehlt! Die Geschichte hat uns Beweise geliefert, dass auch unsern äuserst linken Brüdern, die unfehlbar sein wollen, einige Missgeschicke in der Regie unterlaufen sind. Und hier liegt eben der Hase im Pfeffer. Warum, ihr lieben Brüder, kennt ihr nur den Splitter im Auge des Andern sehen. Hat der Balken, der euer Auge verunziert, euch schon so sehr die Sehkraft getrübt? Also bitte, immer hübsch bei der Wahrheit bleiben. Bauen wir, **ohne Rücksicht auf die Prinzipienfragen Einzelner, einen Schutzwall, der allen Anstürmen standhält. Wir können es! Und wenn der Wall dann kampferprobt ist, — dann frisch auf zum Gegenangriff!**

Wojewodschaftsratswahlen am 5. Dezember

Der Schlesische Sejm tritt am 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, zu einer Plenumssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen die Wahlen zum Wojewodschaftsrat, sowie die Vertagung der Kommunalwahlen um zwei Jahre, ferner eine Reihe anderer Projekte, die bereits di: Kommiss onen passiert haben.

Die neue Arbeitszeit im Handels- und Industrieunternehmen

Nach einer Mitteilung der schlesischen Handelskammer in Kattowitz, tritt mit dem 1. Januar 1934 ein neues Gesetz über die neue Arbeitszeit in Handels- und Industrieunternehmungen in Kraft. Nach dem Wortlaut dieses Gesetzes beträgt die Arbeitszeit für alle auf Grund eines Vetrages in den obengenannten Unternehmen beschäftigten Angestellten und Arbeiter höchstens 8 Stunden täglich. Die Ruhepausen werden nicht eingerechnet. In solchen Betrieben, wo die Dauer der Arbeitszeit von der Jahreszeit und den Witterungsverhältnissen abhängig gemacht wird, kann die Arbeitszeit vorübergehend auf 10 Stunden täglich verlängert werden. Der Wochendurchschnitt von 48 Stunden darf jedoch nicht überschritten werden.

In denjenigen Betrieben, wo die Arbeitszeit in der Woche 48 Stunden nicht erreicht, kann der Unterschied in den nächsten 3 Wochen eingeholt werden. Zur Bedingung wird jedoch gemacht, dass die Arbeitzeit 9 Stunden täglich und 192 Stunden im besagten vierwöchentlichen Zeitraum nicht überschreitet. Ausserdem muss hierüber der zuständige Arbeitsinspektor unterrichtet werden. Diese Bestimmung erstreckt sich nicht auf den Arbeitsausfall an Sonn- und Feiertagen. In Dauerbetrieben steht jedem Arbeiter alle 3 Wochen zweimal, mindestens eine 24-stündige Ruhe zu. Ueberstunden werden durch einen 25-prozentigen Lohnzuschlag entschädigt. Falls die Dauer der Ueberstunden mehr als 2 Stunden täglich beträgt, oder Nachts, bezw. Sonn- und Feiertags-Ueberstunden verfahren werden, ist ein 50-prozentiger Zuschlag zu gewähren.

Rentenkürzung für Altpensionäre

Wie es heisst, geht man an eine Abänderung des Angestelltengesetzes heran, wonach den Rentnern, die eine Rente von der Landesversicherungsanstalt beziehen, in Zukunft die Knappschaftsrente entzogen werden soll. Die betroffenen Rentner erblicken darin eine grosse Schädigung und einen Eingriff in ihre Rechte, weil sie freiwillig mit ihren sauer verdienten Groschen, die Knappschaftsleistungen sich erhalten haben. Der Fürsorgeverein der Pensionäre hat sich dieser Angelegenheit bereits angenommen und ist bei den zuständigen Stellen in Warschau diesbezüglich vorstellig geworden. In der nächsten Zeit wird der Fürsorgeverein ausserdem öffentliche Versammlungen für Pensionäre einberufen, so für die Bezirke Kattowitz, Rybnik, Tarnowiz und Scharley, wobei zu der drohenden Rentenkürzung Stellung genommen werden soll.

Abg. Dr. S. Glücksmann.

Die Lage der nichtkapitalistischen Volkskreise

Im Kapitel III. der Beschlüsse des C. K. W., wird in kernigen Worten die Lage aller nichtkapitalistischen Volkskreise gekennzeichnet:

Die Arbeiterklasse leidet unter dem Druck der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit und der Hungerlöhne. Zugleich werden die in jahrzehntelangen Kämpfen eroberten sozialen Errungenschaften abgebaut.

Der Mittelstand: die Bauern und Handwerker sind genötigt, ihre Erzeugnisse immer billiger zu verkaufen, während die Preise der Industrieprodukte, dank den Kartellen und Konzernen, in die Höhe geschraubt werden. Ein Grossteil der Erhaltungskosten für Staat, zivile und militärische Verwaltungsbureaukratie wird auf den Mittelstand abgewälzt.

Immer mehr verschlechtert sich die Lage der arbeitenden Schichten und der Berufsintelligenz, da, infolge Sinkens des Lebensstandards der Volksmassen die Leistungen Ersterer überflüssig werden. Die ganze Last der sich vertiefenden Krise wird auf die nichtkapitalistischen Volkskreise abgewälzt, was eine Verschärfung der Klassengegensätze herbeiführt. Insbesondere in Staaten mit fascistischer Diktatur findet der ununterbrochene Bürgerkrieg statt, den der Fascismus mit aller Unerbittlichkeit gegen den Sozialismus (Marxismus) führt, mit der unverhüllten Parole: Liquidierung des Marxismus.

IV. Die besitzenden Klassen in Polen.

Die Machtergreifung durch die Sanacja hat Polen der absoluten Gewalt der besitzenden Klassen untergeordnet. Die offenkundige Allianz des Grossgrundbesitzes, des Industrie- und Finanzkapitals, beherscht seit dieser Zeit den Staat. Die Zoll-, Industrie- und soziale Politik des Sanacja-Regimes fördert die Entstehung von Kartellen, die den inländischen Absatzmarkt beherrschen und schrankenlos die Arbeiter ausbeuten.

Somit gehört zur Vergangenheit jede Hoffnung, dass Polen stufenweise (im Wege der Evolution), in einen Volksstaat umgewandelt werden könnte. In Polen regiert die zivile und militärische Bureaukratie, welche sich mit einem Wall von Gesetzen befestigt, bereit ihre Machtposition mit allen Mitteln zu verteidigen. Dieses System kennt nur einen Herrn — das Kapital.

V. Der polnische Fascismus in Polen

Aeusserst interessant und belehrend ist das Kapitel V. welches den verschiedenen Abarten des polnischen Fascismus gewidmet ist.

An erster Stelle wird der Sanacjafascismus genannt. Seine Hauptfront ist gegen die Arbeiter und Bauern gerichtet. Dieser reaktionäre Charakter der Sanacja wird streng maskiert. Diesem Zwecke dienen ihre Abzweigungen: Die „Legion der Jungen" und die „Z. Z. Z. Gewerkschaft", die sich „radikal" gebärden und dennoch die Befehle des „Lewiatans" erfüllen.

Der regierende Fascismus ist gesättigt. Er verfügt über Stellen und Posten, Einflüsse und Auszeichnungen.

Daneben entwickelt sich der Endecja-Fascismus, der hungrig und begierig ist und hauptsächlich den Antisemitismus propagiert. Er verspricht ein Regime, genau nach dem Hitlersystem und bietet sich dem Mittelstande als Beschützer an, nachdem er einen Fusstritt vom Grosskapital und Grossgrundbesitz erhalten hat.

Gleichzeitig sind im Entstehen begriffen: rein fascistische Parteien u. zw. sowohl innerhalb der polnischen Bevölkerung, als auch unter den Minderheitsnationen.

Alle diese Arten des Fascismus, sowohl der regierende, als der oppositionelle, bringen dem Arbeitervolke Polens das Elend und die Versklavung. Sie stärken die imperialistischen Tendenzen, welche die Freiheit des Volkes in Polen bedrohen.

Unzulänglichkeiten des Kapitels VI

Der Titel des Kapitels VI. ist verheissend. Er lautet: „Die Arbeiterschaft und die Bauernschaft". Man dürfte erhoffen, dass hier die gegenseitige Beziehung dieser Volkskreise einer gründlichen Erwägung unterzogen werden wird. Dies umsomehr, als im Jahre 1930 eine sogenannte Centrolewpolitik mit grossem Schwung proklamiert und betrieben wurde, die jedoch mit einem furchtbarem Debakel endete. Der Misserfolg dieser Politik ist nicht ausschliesslich in der Wahlniederlage zu suchen. Das wäre vielmehr das Geringste. Wahlen entscheiden nicht über das Schicksal der Völker. In normalen Zeiten kann glänzenden Wahlsiegen eine Niederlage folgen, die späterhin wettgemacht werden kann. Nicht um die Wahlniederlage des Centrolew geht's, umsoweniger, als sie mit Druck, Korruption u. Terror herbeigeführt wurde. Weit wichtiger ist der Umstand, dass die Bauernparteien sich nachträglich an die Centrolewpolitik garnicht gebunden fühlten und ihre Führer oftmals von der P. P. S. abrückten, und verhüllt kapitalistische Tendenzen verrieten. Es war daher erforderlich, klar auszusprechen, ob das Centrolewbündnis als eine historische, in die Vergangenheit gehörige Etappe, zu betrachten sei, oder nach, wie vor, an diese Kombination gedacht wird.

Diese Aufgabe erfüllt das Kapitel VI. nicht. Es wiederholt die Feststellungen, die bereits im Kapitel III. über die Lage der nichtkapitalistischen Volkskreise gemacht wurden. Daher ist er unzulänglich.

Nie war Klarheit in Fragen der Taktik so geboten, wie gerade jetzt, gerade im Interesse des Wachtums, des Erstarkens der Wiedergeburt der Arbeiterbewegung.

Wie leben die Arbeitslosen?

4, 5 Personen auf ein Zimmer. — 3 Personen auf ein Bett. — 1 Mantel für 3 Kinder. — 24 Prozent Kinder kommen hungrig zur Schule.

Wir haben bereits früher auf die Folgen des Elends hingewiesen und beschäftigen uns mit der starken Abnahme des **Bevölkerungszuwachses** (zur Zeit 11,4 bei je 1000 Einwohnern gegen 16,7 im Jahre 1930), mit der **riesigen Säuglingssterblichkeit** (138.351 im letzten Jahr), mit der **Tuberkulose, die jährlich 80.000 Menschen dahinrafft** und mit den oft **demoralisierenden Auswirkungen der Wohnungsnot**, zu der der „Wieczor Warszawski" (Nr. 220) schreibt, dass wir bei dem bisherigen Bautempo dem westlichen Europa **erst in 200 Jahren gleichkommen.**

Im Zusammenhang mit diesen ungemein wichtigen Fragen ist kurz auf **das kürzlich erschienene Buch „Zycie bezrobotnych"** (Das Leben der Arbeitslosen) von **Halina Krahelska und Stefan Prus** hinzuweisen. (Herausgegeben vom Instytut Spraw Spolecznych.) Wir wollen nun heute näher auf einige Angaben dieser Veröffentlichung eingehen. So betonen beide Verfasser ganz besonders, dass **zur Beurteilung der Lage nicht so sehr die Zahl der Arbeitslosen in Frage kommt** — letztere hört sich nach den offiziellen Angaben über die „Registrierten" bekanntlich nicht sehr hoch an — **sondern das Mass des Elends.** Zahlreiche Statistiken, Tabellen und Zahlen bringen eine nähere Erläuterung. **Das Material ist von Lehrern, Aerzten, sozialen Pflegerinnen, den Gewerkschaftlern und Arbeiterfamilien selbst zusammen getragen worden,** wobei hauptsächlich Warschau, Lodz, **Thorn, Graudenz, Kolmar** (Chodzież), Siedlce usw. bearbeitet worden sind.

Betreffs der **Wohnungslosigkeit** heisst es, dass von ihr beispielsweise fast **ganz Warschau** erfasst wird. **Drei Viertel der Bevölkerung wohnt dort in Ein-Zimmer-Wohnungen.**

Um zu leben, vermietet man alle Ecken, Betten, Liegestätten usw.

Es gibt Zimmer, wo ausser der Familie noch sieben Untermieter wohnen! (Zusammen oft 10—15 Personen.) Das heisst 1 Quadratmeter Fläche pro Person. Ein Bett dient meistens mehreren Personen — zwei bis drei!

Nur ein Zwölftel dieser Leute (in Warschau) **kann sich den Luxus eines eigenen Bettes leisten!**

Man schläft sonst, wo Platz ist: auf Stühlen, auf dem Fussboden, Kohlenhaufen und sogar auf den Höfen.

Wie gross das allgemeine Elend ist, zeigt die Zahl über die **durchschnittliche Belegung der Ein-Zimmerwohnungen: 4,5 Personen!**

Die Mehrzahl dieser sogenannten Wohnungen **kennt keine Aborte** (86 Prozent), **keine Wasserleitungen und Ausgüsse.** Von dem Zustand der Reinlichkeit, Feuchtigkeit usw. nicht zu reden.

Hat man irgendwie Geld verdient, so ist zuerst die Miete zu bezahlen; **das Essen kommt erst in letzter Linie.**

Wie sich die Unterernährung auswirkt, geht daraus hervor, dass 24 Prozent der Kinder hungrig zur Schule kommen, um oft ohnmächtig zusammenzubrechen. 18 Prozent erhalten kein Abendbrot, 8 Prozent kein Mittag! In Warschau sind 28.000 Schulkinder unterernährt.

Und die Bekleidung?

Nach den Möbeln sind wichtige Kleidungsstücke verkauft worden, um sich über Wasser zu halten.

So kommen nach den Angaben des Buches

auf je 100 Personen arbeitsloser Familien nur 46 Stühle, 34 Betten, 2 Kanapees, 89 Löffel, 75 Gabeln, 65 Messer usw.

Also 3 Personen pro Bett!

Von 100 Männern hatten nur 65 eine wärmere Bekleidung, von 100 Frauen nur 47 (d. h. also: nicht einmal jede zweite Frau hat warme Bekleidung).

Und 30 Prozent der Untersuchten haben nur soviel Unterwäsche, wie sie gerade am Körper haben, knapp 46 Prozent können gerade noch die Wäsche wechseln.

Und wie sehen diese Sachen meistens aus!

Kalt ist es draussen, kalt sind die Wohnungen; hungrig der Magen.

Seuchen wüten unter den hungernden und frierenden Menschen (jeder 5. Säugling stirbt, jede 2.

Frau hat eine Fehlgeburt), und als letztes folgt die Prostitution.

So leben in Ozorków bereits 7 Prozent Familien von der Prostitution ihrer weiblichen Mitglieder. Aenlich ist es in Warschau, Lodz und Zagłębie. (Der „Robotnik“ Nr. 310 brachte kürzlich aus Mława sogar die Meldung von einer Prostitution von 7 Mädchen im Alter von 9 bis 13 Jahren, die dort als lokale Sensation gelten und wogegen nichts unternommen wird).

Den Tragödien schliesst sich ferner eine steigende Zahl der Selbstmorde und Verbrechen an.

Das Verhältnis zwischen Konsum und Arbeitslosigkeit in Polen

Den Daten des Statistischen Hauptamtes in Warschau ist zu entnehmen, dass im Bergbau, Hüttenwesen und in der weiterverarbeiteten Industrie am 1. Januar 1929 862.800 Arbeiter beschäftigt waren. Ihre Zahl ist am 1. Januar l. J. auf 478.600 oder um 44,5 Prozent zurückgegangen. 384.000 Arbeiter haben ihre Arbeitsstätte verloren, da die Produktion entsprechend dem Rückgang des inländischen Konsums und des Exportes vermindert wurde. Natürlich ist die Zahl der Arbeitslosen noch bedeutend grösser, da in den vorstehenden Ziffern nur Betriebe berücksichtigt werden, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen. Die Struktur des Inlandskonsums zeigt, dass die Zahl der Arbeitslosen auf ein Minimum sinken müsste, wenn es gelänge den Konsum von Verbrauchsgütern in allen Teilen Polens auf die Höhe zu bringen, wie ihn die westlichen Wojewodschaften haben. Im Jahre 1932 entfiel durchschnittlich auf einen Einwohner Polens ein Kohlenverbrauch von 378 Kilogramm, und zwar in den westlichen Wojewodschaften 1255, Zentralwojewodschaften 344, in den südlichen Wojewodschaften 195 und in den östlichen nur 27 Kilogramm. Denselben gewaltigen Unterschied im Verbrauch zwischen westlichen und östlichen Wojewodschaften finden wir auch bei anderen Waren. So verbraucht ein Einwohner in den westlichen Wojewodschaften Tabak für 29,1 Zloty im Jahre und in den östlichen Wojewodschaften nur für 8,4 Zloty im Jahre. Wenn eine Angleichung des Konsums von Verbrauchsgütern in ganz Polen an den Konsum in den westlichen Wojewodschaften möglich wäre, müsste der Zuckerverbrauch um 156.420 Tonnen, der Spiritusverbrauch um 11.900 Hektoliter, der Walzeisenverbrauch um 203.610 Tonnen und der Zementverbrauch um 369.600 Tonnen pro Jahr steigen.

Aus Gross-Kattowitz

Märchenvorstellung: Schneeweisschen u. Rosenrot

Das Kindertheater am Sonntag Nachmittag wird wohl allen, gross u. klein, die das Haus bis auf den letzten Platz füllten, in dankbarer Erinnerung bleiben. Es war nämlich so recht nach dem Grundsatz gehalten: „Alles für das Kind“. Das alte liebe Kindermärchen von Grimm „Schneeweisschen und Rosenrot“ hatte durch H. Stelter neues Leben u. neuen Sinn gewonnen und war in allen seinen lieben vertrauten Gestalten so recht dazu angetan, Märchenzauber, Frohsinn und Heiterkeit zu verbreiten. Die Kinder im Zuschauerraum gingen begeistert mit und waren so bei der Sache, dass sie als Mitwirkende zu bezeichnen sind. Die Handlung, zauberhaft und doch inhaltlich belehrend und zum Nachdenken anreizend, war in jeder Phase der Steigerung für Kindergemüter berechnet. Die Haindl'schen Bühnenbilder atmeten Märchenluft, und die Tänze, für welche Ferry Dworak zeichnete, lösten hellste Freude, besonders bei den Mädchen, aus.

In den Bombenerfolg der Vorstellung teilten sich vor allem Grete Kretschmer und Ruth Puls, die reizenden Schwestern, Hans Hübner, der lustige u. quicklebendige Nachbar Muffel, dem die Kinderherzen nur so zuflogen, Lotte Fuhst, das Märchenmütterchen, Georg Saebisch, der Bärenprinz und Gustaw Schott sein verzauberter Bruder — Baum. Fritz Hartwig als Zwerg brachte die Kleinsten zum Weinen, aber der lustig vertrottelte Königsstaat entgalt wieder dafür. In geschickter Weise prophezeite schon das Programm alle Ueberraschungen des Stückes, sodass sich die Gespanntheit der Kleinen bis zur Siedehitze steigerte. Sie hatten auch vor dem Rupprecht des Heinz Gerhard keine „Angst“ und sagten das ihrige. Die leichte, in Kinderlieder variierende Musik fand willige und vergnügte Hörer. Und auch die „Grossen“ hatten ihr Vergnügen daran.

Die Theaterleitung würde ein gutes Werk verrichten, wenn sie Kindern von Arbeitslosen diese Vorstellung zugänglich machen würde, denn warum dürfen diese nicht auch einmal in ihrem traurigen Leben die Wunder des Bühnenmärchens schauen?

*

Deutsche Theatergemeinde. Auf die heute, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr stattfindende Vorstellung, des mit so ausserordentlichem Beifall aufgenommenen Lustspiels „Der Mann mit den grauen Schläfen“ von Leo Lenz, machen wir hierdurch besonders aufmerksam.

Unterstützt die deutschen Theateraufführungen durch starken Besuch. Eintrittskarten zu allen Vorstellungen sind noch an der Theaterkasse (Telefon 1647) zu haben. Die Kasse ist jeden Sonntag von 11—13 Uhr geöffnet. Bei dieser Gelegenheit bitten wir die geehrten Abonnenten die fällige 2. Rate spätestens bis 3. 12. an der Kasse zu zahlen.

Aus dem polnischen Versicherungswesen

Kürzlich fand in Warschau eine Sitzung des polnischen Versicherungsbeirats statt, bei der auch der Plan eines neuen Versicherungsaufsichtsgesetzes erörtert wurde. Durch diesen Gesetzentwurf soll nicht nur eine Erweiterung und Ausgestaltung der staatlichen Versicherungsaufsicht, sondern auch eine Neuregelung der Versicherungsvermittlung erfolgen. Insbesondere sollen die Bedingungen für die Akquisition von Versicherungsverträgen festgelegt werden. Von letzterer Massnahme erhofft man sich nicht nur eine bessere Evidenzhaltungs- und Kontrollmöglichkeit, sondern will hierdurch auch die Säuberung des Agentenstandes von einzelnen unlauteren Elementen bewirken. Zur Ausarbeitung des Entwurfes wurde eine Komission eingesetzt, die das Ergebnis ihrer Arbeiten dem Versicherungsbeirat vorlegen soll.

Königshütte und Umgebung

Werden die Mieten herabgesetzt?

Wie man hört, sind Bestrebungen im Gange, dahin zu wirken, dass entsprechend den allgemeinen Lohn- und Gehaltsherabsetzungen auch die gegenwärtigen Mieten um ein Beträchtliches herabgesetzt werden. In dieser Angelegenheit soll sich in den nächsten Tagen eine Delegation nach Warschau begeben, um an Hand einer Denkschrift die Forderung einer Herabsetzung der Mieten vorzubringen. Welchen Erfolg dieser Schritt haben wird, muss erst abgewartet werden, weil anderseits auch bei den Hausbesitzern Bestrebungen im Gange sind, in Warschau vorstellig zu werden, um in der Frage der rückständigen Mieten, die in Königshütte allein über eine Million Zloty betragen sollen, einen entsprechenden Ausgleich (Steuererlass) zu erreichen. Des weiteren will sich der Hausbesitzerverein an den Königshütter Magistrat wenden, damit der Wohnbarackenbau weiterhin durch die Stadt gefördert wird um Mieter mit langem rückständigen Mietszins daselbst unterzubringen. In einer schweren Lage befinden sich solche Hausbesitzer, die in ihrem Haus mehrere arbeitslose Mieter haben und die Mieten naturgemäss nicht bezahlen können, weil die gewährten Unterstützungen so gering sind, dass sie kaum ausreichen, um den allernotwendigsten Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Auszahlung von Unterstützungen. Alle männlichen Erwerbslosen, die Unterstützung aus der staatlichen Aktion beziehen, sowie die weiblichen Arbeitslosen, die aus der „Akcja Wojewodzka“ unterstützt werden, haben sich nach folgendem Plan zu melden: Am Mittwoch, den 29. November mit den Anfangsbuchstaben A — J, Donnerstag, den 30. November von K — P, Freitag, den 1. Dezember von R — Z. Bei der Empfangnahme sind die Arbeitslosenkarten vorzulegen.

Wichtig für Arbeitslose und Turnusurlauber. Fast alle Tage werden Leute aus verschiedenen Unternehmungen entlassen oder turnusmässig beurlaubt. Diese sind aber zum Bezuge der Unterstützung nur dann berechtigt, wenn sie sich kurz nach der Entlassung im Arbeitslosenamt an der ulica Głowackiego 5 zur Eintragung melden. Wird dieses versäumt, so erlischt der Anspruch auf die Unterstützung. Aus Unkenntnis oder Leichtsinn haben dies schon viele Leute unterlassen. Erst nach vielen Umständen gelang es, nachträglich die Unterstützung zu erhalten. Darum rechtzeitige Anmeldung vornehmen.

Verlängerte Verkaufszeit im Dezember. Mit Genehmigung des Demobilmachungskommissars können die Geschäfte und Verkaufshallen ausnahmsweise bis um 20 Uhr offengehalten werden: Am Sonnabend, den 2., 9., 16. Dezember, Mittwoch, den 20. Dezember, Donnerstag, den 21. Dezember, Freitag, den 22. Dezember und Sonnabend, den 30. Dezember. An allen anderen Tagen ist das Längeroffenhalten verboten.

Ein Kommunistenprozess.

Vor der erweiterten Strafkammer in Königshütte hatten sich vier Personen, unter der Anklage kommunistische Umtriebe in Königshütte und Umgegend betrieben zu haben, zu verantworten. Dem Hauptangeklagten Erich **Franetzki** aus Königshütte wurde zur Last gelegt, dass er als stark aktives Mitglied der kommunistischen Partei ausser reichlicher Werbearbeit in Oberschlesien auch als Delegierter an einem Kongress in Gleiwitz und Prag teilgenommen habe. Dem Angeklagten Michael **Schwarz** aus Stanisławow wurde zur Last gelegt, eigens nach Oberschlesien gekommen zu sein, um hier kommunistische Propagandaarbeit zu leisten. Beide Angeklagte sind bereits wegen kommunistischer Umtriebe zu längeren Freiheitsstrafen vorbestraft. Die Angeklagten bekannten sich während ihrem Verhör nicht zur Schuld. F. bestritt als Delegat der kommunistischen Partei in Gleiwitz und Prag gewesen zu sein. Sch. wiederum behauptete darum nach Oberschlesien gekommen zu sein, um hier Beschäftigung zu finden. Die vernommenen Zeugen haben die Angeklagten schwer belastet. Nach dem Plädoyer des Staatsanwalts, der die Schuld der Angeklagten als erwiesen bezeichnete, hielt Adwokat Dr. J a f f e eine längere Verteidigungsrede, wobei er anführte, dass die Belastungen hauptsächlich Konfidentenarbeit seien und denen nicht in vollem Masse Glauben zu schenken ist. Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht beide Angeklagten zu **je drei Jahren Gefängnis.**

Siemianowitz und Umgebung

Weihnachtsvorbereitung. Zum „Fest der Liebe“ beginnen jetzt in diesen Tagen bereits die Vorbereitungen. Die Minderheitsschulkommission sowie der Schulvorstand des deutschen Privatgymnasiums wenden sich mit warmen Worten an die hiesigen Bürger, welche noch in der Lage sind, Mittel für die armen Schulkinder aufzubringen, zur Zeichnung einer Sammelliste sowie zur Spende von Kleidungsstücken und anderen Gebrauchsgegenständen. Das Mitglied der Minderheitsschulkommission Herr Niechoj, Schuhgeschäft nimmt alle für diesen Zweck gespendeten Beträge und Sachen entgegen.

Desgleichen sammeln für den selben Zweck die Charitasvereine und noch andere, ebenfalls werden jetzt in den nächsten Wochen Wohltätigkeitsveranstaltungen aller Art aufgeführt, deren Reingewinn den Armen und Arbeitslosen zugeführt werden soll.

Nie Not ist gross und die noch in einträglicher Stellung und Verdienststehenden haben wohl die Pflicht, an die vom Leben ausgesteuerten Arbeitslosen und Armen zu denken, trotzdem dies doch nicht der richtige Weg ist. Schuld an diesem Massenelend und Massenunglück sind ja doch die Industriellen und Grossunternehmer, welche man jedoch für diesen aus wirtschaftspolitischer Unfähigkeit u. gemeiner Gewinnsucht verursachten Zusammenbruch nicht voll zur Verantwortung ziehen kann, denn in den letzten Tagen haben wir in dieser Hinsicht ein lehrreiches Schauspiel beobachten können.

Massenweise wurden Direktoren und Generaldirektoren wegen Korruption verhaftet oder aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschaltet. Die grössten von ihnen natürlich verstanden es, sich rechtzeitig ins Ausland zu verdrücken.

Darum sollte man auch die gesamte Grossindustrie für das Weihnachtshilfswerk und nicht nur dafür, sondern überhaupt für die Erhaltung der Arbeitslosen in weitestem Masse heranziehen. Es gibt immer noch „Wirtschaftsführer“, welche ein Monatseinkommen beziehen, das für eine Arbeiterfamilie auf ein Menschenalter reicht.

Unglück im Biedaschacht. In einem bei Eichenau gelegenen Notschacht verunglückte der dort arbeitende Skrzypietz schwer, in dem er von einstürzenden Gesteinsmassen verschüttet wurde.

Seinen Kameraden gelang es den Verschütteten zu bergen, jedoch mit schweren Verletzungen am ganzen Körper.

Werden die Arbeitslosen eine Weihnachtshilfe von der Stadt erhalten? Mit Bangen sehen unsere Arbeitslosen dem kommenden Winter entgegen. Schon im vergangenen Jahre war das Weihnachtsgeschenk der Stadt recht mager ausgefallen aus Mangel an den nötigen Geldmitteln. Heute liegen die Verhältnisse noch wesentlich ungünstiger, denn die Arbeitslosigkeit hat sich im laufenden Jahre um ein bedeutendes vermehrt und der Magistrat kann nur mit Mühe die Arbeitslosenunterstützungsgelder flüssig machen, sodass wenig Hoffnung besteht auf eine auch nur einigermassen befriedigende Weihnachtshilfe.

Doch wir haben ja die vielen Millionen der inneren Anleihe. Hoffentlich setzt unser Stadtoberhaupt alles in Bewegung, damit auch etwas davon für die Stadt abfällt zur Arbeitslosenhilfe.

Keine Siedelungen an der Bienhofchaussee. Im verlaufenen Sommer beabsichtigten eine Anzahl von Beamten und Privatleuten an der neuen Strasse zum Bienhof Eigenheime zu bauen. Das Terrain gehört der Vereinigten und ist früheres Bruchfeld. Die Verhandlungen der Baulustigen gingen dahin, dass die Verwaltung den Grund zu billigen Preis und die Wojewodschaft finanzielle Hilfe gewährt. Wie jedoch feststeht, haben sich die Verhandlungen zerschlagen. Die Vereinigte stellt unerfüllbare Bedingungen und die Wojewodschaft ist für finanzielle Unterstützung nicht in Bewegung zu bringen. Also muss der schöne Plan fallen gelassen werden.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien. Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann K o w o l l; für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor R a i w a beide in Katowice, Dworcowa 11

Druck: „Drukarnia, Ludowa“, Spółdz. z odp udz., Katowice